

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

|              |                                     |
|--------------|-------------------------------------|
| Suchabfrage  | <b>18.04.2024</b>                   |
| Thema        | <b>Keine Einschränkung</b>          |
| Schlagworte  | <b>Arbeitszeit, Direkte Steuern</b> |
| Akteure      | <b>Keine Einschränkung</b>          |
| Prozesstypen | <b>Positionspapier und Parolen</b>  |
| Datum        | <b>01.01.1990 - 01.01.2020</b>      |

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Bernath, Magdalena  
Brändli, Daniel  
Bühlmann, Marc  
Gerber, Marlène  
Hirter, Hans  
Hohl, Sabine  
Müller, Eva

## Bevorzugte Zitierweise

Bernath, Magdalena; Brändli, Daniel; Bühlmann, Marc; Gerber, Marlène; Hirter, Hans; Hohl, Sabine; Müller, Eva 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Arbeitszeit, Direkte Steuern, Positionspapier und Parolen, 1991 - 2014*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 18.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

|   |   |
|---|---|
| <b>Allgemeine Chronik</b>                       | 1 |
| <b>Öffentliche Finanzen</b>                     | 1 |
| Direkte Steuern                                 | 1 |
| <b>Infrastruktur und Lebensraum</b>             | 1 |
| Raumplanung und Wohnungswesen                   | 1 |
| Raumplanung                                     | 1 |
| <hr/>   |   |
| <b>Parteien, Verbände und Interessengruppen</b> | 1 |
| Parteien  | 1 |
| Grosse Parteien                                 | 1 |
| Linke und ökologische Parteien                  | 5 |
| Liberales Parteien                              | 6 |
| Konservative und Rechte Parteien                | 7 |
| Verbände  | 7 |
| Industrie, Handel und Unternehmer               | 7 |
| Landwirtschaft                                  | 8 |
| Gewerbe, Dienstleistungen, Konsum               | 8 |
| Arbeitnehmer, Gewerkschaften                    | 8 |

## Abkürzungsverzeichnis

|               |   |
|---------------|---|
| <b>AHV</b>    | Alters- und Hinterlassenenversicherung  |
| <b>EU</b>     | Europäische Union   |
| <b>KMU</b>    | Kleine und mittlere Unternehmen   |
| <b>SGB</b>    | Schweizerischer Gewerkschaftsbund   |
| <b>GBI</b>    | Gewerkschaft Bau und Industrie  |
| <b>Droleg</b> | Dachverband für Drogenlegalisierung   |
| <b>GDP</b>    | Gewerkschaft Druck und Papier, später Comedia/Syndicom  |
| <b>CNG</b>    | Christlichnationaler Gewerkschaftsbund (Vorgänger von Travail.suisse)                                       |
| <b>SMUV</b>   | Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen (urspr. Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiterverband) |

---

|               |  |
|---------------|--|
| <b>AVS</b>    | Assurance-vieillesse et survivants   |
| <b>UE</b>     | Union européenne   |
| <b>PME</b>    | petites et moyennes entreprises  |
| <b>USS</b>    | Union syndicale suisse   |
| <b>SIB</b>    | Syndicat industrie et bâtiment   |
| <b>Droleg</b> | Association faitière de la légalisation des drogues  |
| <b>SLP</b>    | Syndicat du livre et du papier   |
| <b>CSC</b>    | Confédération des syndicats chrétiens de Suisse (Prédécesseur de Travail.suisse)   |
| <b>FTMH</b>   | Syndicat de l'industrie, de la construction et des services (initialement Fédération suisse des travailleurs de la métallurgie et de l'horlogerie) |

# Allgemeine Chronik

## Öffentliche Finanzen

### Direkte Steuern

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 22.12.2005  
MAGDALENA BERNATH

**Parteien, Kantone und Economiesuisse** äusserten sich **kritisch** zum Ansinnen des Bundesrates. Das Ziel, die **steuerliche Ungleichbehandlung von Zweiverdienerhepaaren** aufzuheben, war unbestritten, ungeeignet und untauglich seien hingegen der vorgeschlagene Zweiverdienerabzug und die Gegenfinanzierung, weil sie zu einer Mehrbelastung der Alleinstehenden führten. Zudem hätten Zweiverdienerhepaare nun im Vergleich zu Einverdienerhepaaren und Konkubinatspaaren deutlich weniger zu bezahlen als nach geltendem Recht. SVP, CVP und Economiesuisse sprachen sich für ein Teilsplitting aus, das auch die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren befürwortete; SP und FDP bevorzugten die Einführung der Individualbesteuerung.<sup>1</sup>

## Infrastruktur und Lebensraum

### Raumplanung und Wohnungswesen

#### Raumplanung

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 26.10.2014  
MARLENE GERBER

In einer Resolution präsentierten die Sozialdemokraten im Herbst 2014 verschiedenste Massnahmen zur **Steigerung der Lebensqualität in den Agglomerationen**. Diese beinhalten unter anderem die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus, einen verstärkten Mieterschutz, die Schaffung öffentlicher Räume, eine solidarische Steuerpolitik sowie den Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Bevölkerung bei der Raum- und Siedlungsplanung.<sup>2</sup>

## Parteien, Verbände und Interessengruppen

### Parteien

#### Grosse Parteien

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 23.01.1995  
EVA MÜLLER

Mit einem weiteren Positionspapier «Perspektiven liberaler Lebensgestaltung» verabschiedete die FDP verschiedene Postulate zur **Gleichstellung der Geschlechter**. Konkret forderte sie den gleichen Zugang von Frauen und Männern zu allen Berufen und Positionen, die Einführung von Blockzeiten an den Schulen, freiwillige Tagesschulen sowie flexible Arbeitsformen und Teilzeitarbeit. Ferner trat sie für ein geschlechts- und zivilstandsunabhängiges Sozialversicherungs- und Steuersystem ein. Die Forderungen basieren auf einer im Auftrag der FDP erstellten Pilotstudie «Frau und Mann in Wirtschaft und Gesellschaft der Schweiz».<sup>3</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 10.03.1995  
EVA MÜLLER

Zu Beginn des Jahres verabschiedeten die Delegierten der SVP ein neues Schwerpunktprogramm, das **programmatische Flügelkämpfe zwischen dem konservativen und dem liberalen SVP-Lager beilegen** sollte. In den Mittelpunkt stellte die SVP, wie die CVP, die Erhaltung und Förderung des Mittelstandes. Zur Nagelprobe geriet aber die Europafrage: Mit der Formulierung «ein Beitritt zur EU ist kein Ziel der schweizerischen Aussenpolitik» setzte sich mit 131 zu 111 Stimmen der konservative Zürcher Flügel durch, während sich die Westschweizer, Berner, Bündner und die SVP-Frauen sowie Bundesrat Ogi mehrheitlich für das Offenhalten aller Optionen ausgesprochen hatten.

Deutlich setzte sich bei den Delegierten eine repressive Haltung in der Drogenfrage durch. So wurde der Verzicht auf staatliche Heroinabgabe und Fixerstuben mit klarer Mehrheit – aber gegen die SVP-Frauen und die Berner Sektion – abgesehen. Die Berner SVP sprach sich später offiziell für die laufenden Heroinabgaberversuche und Fixerräume aus. Ein Antrag, die Abschaffung der direkten Bundessteuer ins Programm aufzunehmen, hatte keine Chance.<sup>4</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 26.07.1995  
EVA MÜLLER

Im Wahljahr 1995 präsentierte sich die FDP als eng mit der Wirtschaft verbundene Regierungspartei und trat mit dem Motto «Verantwortung übernehmen» an. Einstimmig hiess sie ein Positionspapier zur Wirtschaftspolitik gut, in dem sie sich für eine «liberale Fitnesskur», mehr **Unternehmerfreiheit und Wettbewerb, Investitionen in Bildung und Forschung** sowie eine **wirtschaftsfreundlichere Steuerpolitik** aussprach. Das Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern will die FDP zugunsten der indirekten Steuern verbessern. Einen weiteren Ausbau des Sozialstaats lehnte sie ab und sprach sich bei der Arbeitslosenversicherung für punktuelle Leistungskürzungen aus. Die Staatsquote aller drei Ebenen möchte sie bei 32% stabilisieren.<sup>5</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 04.09.1995  
EVA MÜLLER

In ihrer Wahlplattform 95 «Die Schweiz muss wieder sozialer werden» sprach sich die SP **gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik** aus und **forderte einen Ausbau des Sozialstaats** über Steuererhöhungen sowie Sparpotentiale, die sie im Strassenbereich, in der Landwirtschaft, in der Landesverteidigung und im Zivildienst ortete. Ausserdem stellte die Partei **«14 Thesen gegen die Erwerbslosigkeit»** vor, in denen sie in einem ersten Schritt die 40-Stunden-Woche, mittelfristig die 35-Stunden-Woche anstrebt.<sup>6</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 09.11.1996  
EVA MÜLLER

Trotz den Bemühungen um ein klares Profil zerfiel die CVP bei der Abstimmung über das revidierte Arbeitsgesetz – der als Kraftprobe zwischen Unternehmerinteressen und Arbeitnehmerschutz eine hohe symbolische Bedeutung zukam – in zwei Lager. Während der wirtschaftsnahe Flügel das Gesetz unterstützte, stiess es beim christlichsozialen Flügel, bei den CVP-Frauen und bei vielen welschen Delegierten auf Opposition. Umstritten war dabei insbesondere **auch die Sonntagsarbeit, welche als familienfeindlich** taxiert wurde. Mit 120 zu 82 Stimmen beschloss die **Delegierten schliesslich die Nein-Parole** und setzten sich damit der harschen Kritik der anderen bürgerlichen Parteien aus.<sup>7</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 16.11.1996  
EVA MÜLLER

Ein SP-**Positionspapier zur Zukunft des öffentlichen Dienstes** wurde am Davoser Parteitag zwar diskutiert, jedoch zur Überarbeitung an den Vorstand zurückgewiesen, um einen Streit mit den Gewerkschaften insbesondere bezüglich Arbeitszeitreduktionen zu verhindern. Das Positionspapier schlägt eine **flexible Reduktion der Wochenarbeitszeit** im öffentlichen Dienst von 41 auf 33 Stunden vor. Als Ausgleich für die Arbeitszeitreduktion um 20% würden die Löhne um durchschnittlich 6% gesenkt, wobei untere Einkommen geschont werden sollen. Damit könnten, so die Hoffnung der SP-Spitze, bis zu 15'000 Arbeitsplätze geschaffen werden.<sup>8</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 18.12.1997  
EVA MÜLLER

**Angesichts von Unternehmensfusionen**, die einerseits explodierende Börsengewinne, andererseits den Abbau von Arbeitsplätzen brachten, aber auch aufgrund von publik gewordenen Steuertricks einiger Reicher forderte die SP im Dezember eine Sondersession für mehr Steuergerechtigkeit. Weiter verlangte sie die Einführung einer «ergiebigen und griffigen» Kapitalgewinnsteuer per Dringlichkeitsrecht, eine Depotabgabe von 0,1% auf allen verwalteten Vermögen, eine nationale Erbschaftssteuer und eine «echte» Steuerharmonisierung. Im Januar 1998 hielt das Parlament eine halbtägige Sitzung zum Thema Steuern ab, zur **geforderten Sondersession kam es nicht**.<sup>9</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 02.06.1999  
DANIEL BRÄNDLI

Das gleichzeitig beschlossene Förderungsprogramm zur Halbierung der Arbeitslosigkeit wurde während zweier Stunden ausgiebig diskutiert. Im Zentrum des Programms standen **Innovationen in die Bildung, die Förderung der KMU, die Sicherung der öffentlichen Infrastruktur, Arbeitszeitverkürzungen und Beschäftigungsprogramme**.

Einem Antrag der Sektion Lausanne 3, die **Strommarktliberalisierung grundsätzlich nicht gutzuheissen, wurde stattgegeben**. Ebendiese Absage an die Strommarktliberalisierung brachte SP-Frauenpräsidentin Jacqueline Fehr (ZH) auf den Plan. In einem Brief an die Parteileitung kritisierte sie das planlose und beliebige Vorgehen der SP im Wahljahr. Der «naive» Strommarkt-Beschluss der Partei sei ein deutliches Zeichen dafür, dass die Partei die Diskussion um Liberalisierung und Modernisierung scheue, ausser einem pauschalen Nein jedoch keine Lösungsvorschläge zustande bringe.<sup>10</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 27.07.2000  
DANIEL BRÄNDLI

In einer Pressekonferenz übte die SP Ende Juli Kritik an Bundesrat Villigers **Familiensteuerreform**. Die Reform sei ein Etikettenschwindel und ein Steuergeschenk an die Reichen. Nationalrätin Jacqueline Fehr (ZH) führte an, dass das einkommensschwächste Drittel der Bevölkerung nicht von der Reform profitieren könne, weil es gar keine Bundessteuern entrichte. Eben dieses Drittel hätte indes eine Verbesserung der finanziellen Lage am nötigsten. Als Alternative schlug die SP ein Massnahmenpaket vor, welches Kinder und Jugendliche von Krankenkassenprämien befreien soll, die Einführung von eidgenössischen Kinderrenten vorsieht und Ergänzungsleistungen für Familien fordert. Ausserdem will die SP die vorschulischen Kinderbetreuungsangebote stärker fördern und eine Mutterschaftsversicherung einrichten, welche über 14 Wochen hinweg 80 Prozent des Lohns garantiert.<sup>11</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 10.12.2001  
MAGDALENA BERNATH

An ihrer Delegiertenversammlung in Winterthur beschloss die SP die **Ja-Parole zum Uno-Beitritt** der Schweiz und zur Initiative „für eine kürzere Arbeitszeit“.<sup>12</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 14.01.2002  
MAGDALENA BERNATH

An ihrem Parteitag in Landquart (GR) beschlossen die Delegierten der SVP die Nein-Parole zur Volksinitiative "für eine kürzere Arbeitszeit". Parteipräsident Ueli Maurer übte Kritik an der bundesrätlichen Informationspolitik zur UNO-Vorlage, welche die SVP bereits im November 2001 zur Verwerfung empfohlen hatte. Nach kurzer Diskussion – Einwände kamen von den Gesundheitsdirektoren der Kantone Aargau und Thurgau und von Ärzten – beschlossen die SVP-Delegierten einstimmig und ohne Enthaltung, eine **Krankenkasseninitiative** vorzubereiten. Die geplante Krankenkasse soll analog zur Altersvorsorge auf drei Säulen aufbauen: Die erste Säule mit der obligatorischen Grundversicherung umfasst bei eingeschränkter Arztwahl nur noch existenziell notwendige Leistungen; in der zweiten Säule, welche eine Aufnahmepflicht für die Versicherer vorsieht, können zusätzliche Leistungen bei freier Arztwahl versichert werden; die dritte Säule ist den bisherigen auf dem Privatversicherungsrecht beruhenden Zusatzversicherungen vorbehalten. Mit diesem Modell hofft die SVP, 20% der Prämienkosten einzusparen.<sup>13</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 21.01.2002  
MAGDALENA BERNATH

An ihrer Delegiertenversammlung vom Januar beschlossen die Christlichdemokraten mit lediglich einer Gegenstimme die Ja-Parole zur UNO-Beitrittsinitiative; die Volksinitiative zur 36-Stunden-Woche hatte der Vorstand zur Ablehnung empfohlen. Nach einer engagierten Diskussion verabschiedeten die Delegierten mit 143:66 Stimmen eine Resolution, welche die **Erweiterung des bundesrätlichen Gegenvorschlags zur Avanti-Initiative** verlangte. Der Urner Ständerat Hansueli Stalder, der unterstützt von der Jungen CVP den Verzicht auf die zweite Gotthardröhre gefordert hatte, war zuvor knapp unterlegen. Im Anschluss an die ordentliche Delegiertenversammlung führte die CVP mit einer Soirée des Délégués ein Polit-Happening mit kulinarisch-kulturellem Programm nach dem Vorbild der US-amerikanischen Parteitage durch, das gemäss Generalsekretär Reto Nause den inneren Zusammenhalt der Partei unterstreichen soll.<sup>14</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 30.06.2003  
MAGDALENA BERNATH

An ihrer Delegiertenversammlung in Yverdon (VD) unterstützten die Sozialdemokraten das Kantonsreferendum gegen das Steuerpaket und sprachen sich für einen starken **Service public** aus. Auf Antrag der JungsozialistInnen verschärfte sie eine Resolution der Geschäftsleitung und forderten Bundesrat und Parlament auf, jegliche Privatisierungstendenzen bei der Post zu unterbinden, die Monopolgrenzen nicht weiter zu senken und den Abbau von Poststellen zu stoppen. Bundesrat Moritz Leuenberger wandte erfolglos ein, die Post könne nur dann ein sozialer Arbeitgeber bleiben, wenn sie ihre Dienstleistungen den neuen Kundenbedürfnissen anpasse und rentable Strukturen aufweise.<sup>15</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 05.04.2004  
MAGDALENA BERNATH

Nach einer emotionsgeladenen Debatte sprachen sich die CVP-Delegierten Anfang April mit 177:82 Stimmen bei 9 Enthaltungen **für das Steuerpaket** aus. Einige CVP-Regierungsräte hatten die Vorlage als Wahlgeschenk bezeichnet, das föderalismus- und demokratiefeindlich und eines Rechtsstaates unwürdig sei und darauf hingewiesen, dass das Kantonsreferendum massgeblich auf die Initiative von CVP-Exekutivmitgliedern zustande gekommen war. Der Entscheid zugunsten der AHV-

Revision fiel mit 169:30 Stimmen bei einer Enthaltung, jener zugunsten der Mehrwertsteuererhöhung mit 164:31 Stimmen bei 3 Enthaltungen.<sup>16</sup>

#### POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 19.01.2007  
SABINE HOHL

Am 19. Januar fand eine gemeinsame Veranstaltung der Freisinnigen und der Liberalen in Genf statt. Die beiden Parteien berieten über die Initiative für eine Einheitskrankenkasse. Die FDP fasste die Nein-Parole zur Initiative mit 101:2 Stimmen. Am darauf folgenden Tag führte die FDP ihre Delegiertenversammlung alleine weiter. Diskutiert wurde das **Positionspapier „für eine wachsende Schweiz“**, in das folgende Forderungen Eingang fanden: Förderung der Ansiedlung von Spitzenunternehmen, Stärkung des Steuerwettbewerbs, Verbesserung des Innovationsschutzes und Schaffung eines Bundespatentgerichts, Deregulierung des Gesundheitssystems, Abbau von Handelshemmnissen, Vereinfachung von Bauvorschriften, Durchsetzung eines einheitlichen Beschaffungswesens, Konsolidierung der Schuldenbremse und Vereinfachung des Steuersystems mit der so genannten „Easy Swiss Tax“. Grosses Aufsehen erregte die Annahme eines Vorschlages der Genfer Freisinnigen mit 75 zu 43 Stimmen, die **direkte Bundessteuer abzuschaffen**. Die Parteileitung der FDP war über diesen Entscheid verärgert.<sup>17</sup>

#### POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 17.08.2007  
SABINE HOHL

Im August äusserte sich die FDP zur Armeepolitik. Sie forderte eine systematischere, auf einer soliden rechtlichen Basis beruhende Kooperation mit der EU im militärischen Bereich. Zu diesem Zweck sei ein Rahmenabkommen abzuschliessen. Die FDP forderte zudem, dass die Armee verstärkt für die militärische Friedensförderung im Ausland eingesetzt werden solle. Ebenfalls im August präsentierte die FDP ein detailliertes **Konzept für die „Easy Swiss Tax“**. Die Einführung dieser an die Schweiz angepassten Flat Rate Tax würde drei grundlegende Neuerungen bringen: Erstens würde es nur noch drei Abzüge geben, einen Individualabzug für Erwerbstätige und Rentner, einen Abzug für Kinder sowie einen für gemeinnützige Zuwendungen. Zur Diskussion stellte die FDP einen möglichen vierten Abzug für den Unterhalt und die Renovation von Wohneigentum. Damit nahm sie auf die von ihr mitlancierte Bausparinitiative Rücksicht. Als zweite Neuerung würde ein einheitlicher Steuersatz die Progression ersetzen. Drittens würde beim Vermögen eine Soll-Kapitalrendite ermittelt, die als Einkommen versteuert werden müsste.<sup>18</sup>

#### POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 13.09.2008  
SABINE HOHL

An ihrer Delegiertenversammlung am 13. September in Neuenburg befürworteten die Freisinnigen einstimmig die Weiterführung und Ausdehnung der **Personenfreizügigkeit** mit der EU. Weiter forderte die FDP einen Ausgleich der kalten Steuerprogression bereits auf 2009 mittels eines dringlichen Erlasses. Zudem sollen nach dem Willen der FDP Gebäudesanierungen zur Einsparung von Energie mit Steuerabzügen gefördert werden. Eine zweckgebundene CO<sub>2</sub>-Steuer lehnte die Partei ab.<sup>19</sup>

#### POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 06.10.2013  
MAGDALENA BERNATH

Anfang Oktober verabschiedeten die Freisinnigen in Frauenfeld (TG) ihren scheidenden Bundesrat. Mit 138:12 Stimmen lehnten sie das Referendum gegen das **Steuerpaket** ab. Die Jungfreisinnigen beantragten, den Nationalrat auf 150 Personen zu verkleinern, dies sei effizienter und spare Kosten; es wurde dazu eine Arbeitsgruppe eingesetzt.<sup>20</sup>

#### POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 14.10.2013  
MARC BÜHLMANN

Insbesondere bei den Abstimmungsvorlagen, die am 3. März des Berichtsjahrs an die Urne gelangten, tat sich die FDP schwer mit der **Parolenfassung**. Umstritten waren dabei nicht nur der Familienartikel, sondern auch die Beschlussfassung zum revidierten Raumplanungsgesetz (RPG). Die Nein-Parole zur Festschreibung eines Artikels zur Familienpolitik in der Verfassung war von der Präsidentenkonferenz gefällt worden, was nicht nur parteiintern Protest auslöste, sondern auch zu abweichenden Empfehlungen der FDP-Frauen und nicht weniger als sechs Kantonalsektionen führte: Ein Ja empfahlen die FDP-Sektionen der Romandie (GE, JU, NE, VD) sowie des Kantons Bern, während sich die FDP-Kantonalsektion Basel-Stadt für Stimmfreigabe entschloss. Das an der Delegiertenversammlung in Zürich Anfang Februar nur relativ knapp mit 185 zu 85 Stimmen (bei 5 Enthaltungen) zustande gekommene Nein zum RPG, die abweichende Ja-Empfehlung der FDP-Frauen und die vier abweichenden Kantonalsektionen (AG, BE, LU, NE) waren Indikatoren für die parteiinterne Umstrittenheit in der Raumplanungspolitik. Hauptargument gegen das revidierte Gesetz war die Angst vor der extremeren Landschaftsinitiative, die bei einem Nein zum RPG an die Urne gekommen

wäre. Bereits im Oktober des Vorjahres hatte sich der Freisinn mit 236 zu 8 Stimmen bei drei Enthaltungen gegen die Abzockerinitiative ausgesprochen. Hier wich die Sektion des Kantons Tessin ab, die ein Ja empfahl. In zwei der erwähnten drei umstrittenen Vorlagen traf die FDP mit ihrer Parole nicht die Mehrheitsmeinung (RPG, Abzocker). Dies passierte ihr bei den restlichen acht Vorlagen nur noch bei ihrer Ja-Empfehlung zur Erhöhung der Gebühr für die Autobahnvignette, die nach einer hitzigen Debatte Mitte Oktober in Genf mit 110 zu 58 Stimmen beschlossen wurde – gegen das vorgebrachte Argument, es handle sich um eine Zweckentfremdung fiskalischer Einnahmen aus dem Strassenverkehr. Die junge FDP beschloss hierzu auf Opposition zur Mutterpartei zu machen und ein Nein zu empfehlen. Bei den restlichen sieben Vorlagen traf die FDP mit ihrer parteiintern unbestrittenen Empfehlung jeweils den Mehrheitswillen der Stimmbevölkerung. Das Nein zur Initiative für eine Volkswahl des Bundesrates kam mit 198 zu 5 Stimmen zustande und das Ja zur Asylgesetzrevision wurde mit 207 zu einer Stimme an der Delegiertenversammlung im Mai in Baden gefasst. Ebenso deutlich waren die Abfuhren der GSoA-Initiative zur Abschaffung der Wehrpflicht (213 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen) und der 1:12-Initiative (201 zu 1 Stimme). Die Revision des Arbeitsgesetzes wurde einstimmig zur Annahme empfohlen. Während diese drei Vorlagen an der Delegiertenversammlung Ende August in Thun diskutiert wurden, beschloss die Präsidentenkonferenz bereits vorher das Ja zum Epidemiengesetz. Neben dem Beschluss zur Autobahnvignette wurde an der Delegiertenversammlung in Genf Mitte Oktober mit 146 zu 8 Stimmen auch ein deutliches Nein gegen die SVP-Familieninitiative beschlossen – Parteipräsident Müller bezeichnete das Begehren als Unsinn, der kein Privileg der Linken sei.<sup>21</sup>

### Linke und ökologische Parteien

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 16.06.1995  
EVA MÜLLER

Konkretes mit Utopischem verknüpfen wollte die PdA in ihrer Wahlplattform «Zehn Notwendigkeiten für eine solidarische und fortschrittliche Schweiz». Darin stellt sie die **gesellschaftliche Verteilung der Arbeit** in Frage und postuliert längerfristig die **Einführung der 32-Stundenwoche ohne Kürzung der Löhne**. Weiter fordert sie eine allgemeine Sozialversicherung, die mit Lohnprozenten finanziert wird und sowohl AHV wie auch Kranken- und Arbeitslosenversicherung beinhaltet. Klar sprach sich die Partei für einen raschen EU-Beitritt aus.<sup>22</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 11.09.1995  
EVA MÜLLER

Ihre Wahlplattform stellten die Grünen unter das **Schwerpunktthema ökologische Wirtschafts- und Steuerreform**, wonach Energie statt Arbeit zu besteuern sei. Die Einführung einer Energiesteuer zur Finanzierung des Sozialbereiches, welche im 2. Teil einer Doppelinitiative angestrebt wird, verabschiedete die Partei ebenso diskussionslos wie die Forderungen nach einer wirksamen CO<sub>2</sub>-Abgabe, keinem weiteren Ausbau der Autobahnen, dem Ausstieg aus der Atomenergie und dem Verbot der Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen. Neu wehren sich die Grünen nicht mehr gegen jegliches Wirtschaftswachstum, sondern sie fordern dessen Gestaltung mit umweltgerechten Innovationen. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schlug die Partei ein Bonus-Malus-System vor, gemäss welchem Arbeitgeber, die Teilzeitarbeit fördern, beispielsweise mit einer Reduktion des Arbeitslosenversicherungs-Beitrags belohnt würden. Für das neue Jahrtausend soll gemäss den Grünen die 30-Stunden-Woche zum Normalfall werden.<sup>23</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 15.04.1996  
EVA MÜLLER

Die **PdA trug das Referendum gegen das revidierte Arbeitsgesetz aktiv mit** und sagte damit einer «ultraliberalen Wirtschaftspolitik» den Kampf an.<sup>24</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 31.12.2002  
MAGDALENA BERNATH

Die Parolen der PdA deckten sich mit jenen der SP, mit Ausnahme der Volksinitiative des Gewerkschaftsbundes "für eine kürzere Arbeitszeit", welche die PdA zur Ablehnung empfahl, da die Initiative auch eine gewisse Flexibilisierung (Jahresarbeitszeiten) einführen wollte. In den Parlamentswahlen in den Kantonen **Waadt** (12) und **Jura** (1) konnte die PdA ihre **Mandate halten**.

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 30.06.2003  
MAGDALENA BERNATH

Ende Juni beschloss der Vorstand der Grünen Partei, sich aktiv für ein **Referendum gegen das Steuerpaket** zu engagieren und sich nicht allein auf das Kantonsreferendum zu verlassen.<sup>25</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 05.04.2004  
MAGDALENA BERNATH

Anfang April fassten die Grünen in Schaffhausen einstimmig die Nein-Parole zum **Steuerpaket**; sie hatten dagegen das Referendum ergriffen. Die 11. AHV-Revision wurde mit einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen ebenfalls abgelehnt; die Vorlage sei die erste reine Abbauvorlage seit Bestehen der AHV/IV. Mit 65:24 Stimmen bei 9 Enthaltungen befürworteten die Grünen hingegen die Erhöhung der MWSt.<sup>26</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 31.10.2005  
MAGDALENA BERNATH

Im Herbst gaben die **Delegierten der GP** in Stans (NW) einstimmig die Ja-Parole zum von ihnen mit lancierten Gentech-Moratorium in der Landwirtschaft heraus. Parteipräsidentin Ruth Genner (ZH) äusserte die Hoffnung, das erstmalige Bündnis mit dem schweizerischen Bauernverband bilde den Anfang einer erfolgreichen ökologischen Ausrichtung der schweizerischen Landwirtschaftspolitik. Mit 82:7 Stimmen bei zehn Enthaltungen empfahlen die Grünen nach engagierter Diskussion die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten in Bahnhöfen zur Ablehnung. In einer Resolution forderten sie Bundesrat und Parlament auf, die Lex Koller nicht aufzuheben, ohne Schutzmassnahmen zu ergreifen; die Möglichkeit für Personen mit Wohnsitz im Ausland, uneingeschränkt Grundstücke zu erwerben, werde zu einer starken Zunahme von Wochenendhäusern und Zweitwohnungen führen, was sich katastrophal auf die Landwirtschaft, die Umwelt und die Wirtschaft in den Tourismusregionen auswirke.<sup>27</sup>

### Liberaler Parteien

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 28.08.1995  
EVA MÜLLER

Im Wahljahr 95 unterstrichen die Liberalen den europa- und wirtschaftspolitischen Offensivgeist der Partei und wiederholten ihre Forderungen nach **Revitalisierung und Deregulierung**. Unter anderem sprachen sie sich für die **Aufhebung der direkten Bundessteuer und für eine Reform des Föderalismus** aus. EU-Beitrittsverhandlungen forderte die LP noch für die Ende Jahr begonnene Legislaturperiode.<sup>28</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 31.12.2001  
MAGDALENA BERNATH

Die Abstimmungsempfehlungen der LP deckten sich mit jenen der FDP, mit einer Ausnahme: Im Februar stimmten die Liberalen der Volksinitiative „**Ja zu Europa**“ überraschend deutlich zu – die beiden Kantonalparteien Genf und Waadt hatten die Initiative zuvor nur mit äusserst knappem Mehr angenommen. Basel-Stadt und Wallis beschlossen hingegen die Nein-Parole. Bereits Ende August beschlossen die Liberalen in Genf die Nein-Parole für die Volksinitiative „für eine Kapitalgewinnsteuer“, die im Dezember zur Abstimmung gelangte. Ausserdem verabschiedeten sie eine Resolution, die das **Bankgeheimnis als Teil der Privatsphäre** erklärte. Mit der Betonung der Bedeutung des Bankgeheimnisses für den Finanzplatz Schweiz wollte die LP Genfer Bankenkreise besänftigen, die sich durch das pro-europäische Engagement der Partei vor den Kopf gestossen fühlten und damit gedroht hatten, die finanziellen Beiträge für die Wahlkampagne der LP in der Rhonestadt zu kürzen.<sup>29</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 30.04.2007  
SABINE HOHL

An einer Delegiertenversammlung in Neuenburg im April diskutierte die LP ihre Wahlplattform. Sie forderte darin unter anderem mehr private Krippenplätze, den Bau eines **neuen Kernkraftwerkes** und die Abschaffung der direkten Bundessteuer.<sup>30</sup>

## Konservative und Rechte Parteien

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 28.08.1995  
EVA MÜLLER

In den eidgenössischen Wahlkampf zog die Partei vorab mit einer **aggressiven Politik gegen Ausländer und Asylsuchende** unter dem umstrittenen, da historisch gewichtig besetzten Motto «Das Boot säuft ab». Hauptforderungen waren der vollständige Einwanderungs- und Aufnahmestopp für Asylbewerber, die Kündigung des Genfer Flüchtlingsabkommens sowie eine Reduktion des Ausländerbestandes auf EU-Niveau. Heftigen Widerstand meldete die FPS **gegen den EU-Beitritt** oder Zugeständnisse im freien Personenverkehr an. Eine harte Linie fuhr die Partei auch in Drogenfragen, wo sie der Liberalisierung den Kampf ansagte. Nach wie vor eliminieren will sie zudem die direkte Bundessteuer.<sup>31</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 28.10.1996  
EVA MÜLLER

Neben Gewerkschaften, SP, Grünen und EVP trug auch die EDU das Referendum gegen das revidierte Arbeitsgesetz mit und **sprach sich gegen «grenzenlose Konsummöglichkeiten» und eine weitere «Sonntagsenteiligung» aus.**<sup>32</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 04.11.1996  
EVA MÜLLER

Die EVP trug das Referendum gegen das revidierte Arbeitsgesetz aktiv mit und wehrte sich im **Abstimmungskampf zusammen mit den Landeskirchen** insbesondere vehement gegen die **Lockerung des Sonntagsarbeitsverbots.**<sup>33</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 31.12.2002  
MAGDALENA BERNATH

Anfang Januar wählte die EVP in Riehen (BL) **Joël Blunier** zum neuen, vollamtlichen **Generalsekretär**. Blunier, zuvor wissenschaftlicher Mitarbeiter der EVP Schweiz, trat die Nachfolge von Daniel Reuter an. Ausserdem sprachen sich die Delegierten für den UNO-Beitritt der Schweiz aus. Der Zentralvorstand lehnte die Initiative "für eine kürzere Arbeitszeit" ab.<sup>34</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 23.08.2004  
MAGDALENA BERNATH

Die Delegierten der EDU empfahlen die **Initiative für die lebenslange Verwahrung extrem gefährlicher Straftäter zur Annahme**. Das Ja zum Steuerpaket im Frühling fiel mit 30:25 Stimmen bei 5 Enthaltungen knapp aus, das Ja zur Einführung des Mutterschaftsurlaubs im Herbst mit 32:22 Stimmen etwas deutlicher. Die beiden Einbürgerungsvorlagen wurden klar abgelehnt, ebenso die Post-Initiative.<sup>35</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 01.11.2010  
MARC BÜHLMANN

Eine weitere Abgrenzung zur SVP nahm die BDP an der insgesamt sechsten **Delegiertenversammlung** seit ihrer Gründung im November in Wallisellen vor. Sie lehnte die Ausschaffungsiniziative einstimmig ab und nahm den Gegenvorschlag ebenso deutlich an. Auch die Steuergerechtigkeitsinitiative der SP wurde abgelehnt.<sup>36</sup>

## Verbände

### Industrie, Handel und Unternehmer

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 23.05.1991  
HANS HIRTER

Einiges Aufsehen erregte die **Nein-Parole des Vororts** des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins zum Finanzpaket. Unternehmerverbände wichtiger exportorientierter Branchen wie die Maschinenindustrie hatten sich zuvor, wegen der vorgesehenen Abschaffung der steuerlichen Belastung auf Betriebsmitteln und Investitionen (Taxe occulte) für das Finanzpaket ausgesprochen. Der Vorort begründete seinen Entscheid damit, dass er einen **Wechsel zum Mehrwertsteuersystem wohl begrüßen** würde, dass er aber das Kompromisspaket nicht unterstützen könne, weil auf einen gleichzeitigen **Abbau der Direkten Bundessteuer** verzichtet worden sei. Der Arbeitgeberverband vertrat die gleiche Position wie der Vorort, während die Bankiervereinigung, welche primär an dem mit der Finanzreform gekoppelten Stempelsteuerabbau interessiert war, Zustimmung empfahl. Die LdU-Initiative für den öffentlichen Verkehr empfahl der Vorort zur Ablehnung.<sup>37</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 01.12.1996  
HANS HIRTER

In der Volksabstimmung vom 1. Dezember über die Revision des Arbeitsgesetzes sahen die Arbeitgeber eine Nagelprobe für die **Bereitschaft der Schweizer Bürgerinnen und Bürger, sich an die neuen Gegebenheiten eines globalisierten Marktes** anzupassen. Gross war denn auch die Enttäuschung, als die von Gewerkschaften, der politischen Linken und den Kirchen angeführte Opposition gegen eine Lockerung der Arbeitszeitbestimmungen eine deutliche Mehrheit hinter sich sammeln konnte.<sup>38</sup>

### Landwirtschaft

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 01.06.1991  
HANS HIRTER

Der Schweizerische Bauernverband **unterstützte die vom Volk am 2. Juni abgelehnte Bundesfinanzreform**. Zu den anderen zur Abstimmung gelangenden Vorlagen nahm er nicht Stellung.

### Gewerbe, Dienstleistungen, Konsum

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 22.02.1992  
HANS HIRTER

Anders als die bürgerlichen Regierungsparteien unterstützte der Vorort die vom Gewerbeverband und dem Redressement National lancierte Volksinitiative für die Abschaffung der direkten Bundessteuer bis zum Jahr 2003. Dem Argument der bürgerlichen Bundesratsparteien, dass der Vorstoss schlecht terminiert sei und die Diskussion um die vordringlich notwendige Einführung der Mehrwertsteuer unnötig belaste, vermochte sich der Vorort nicht anzuschliessen. Er fand, dass die Initiative **seinen eigenen finanzpolitischen Zielen einer Verlagerung von den Einkommens- auf die Verbrauchssteuern entspreche**, und deshalb, zumindest als politisches Druckmittel, auch unterstützenswert sei.<sup>39</sup>

### Arbeitnehmer, Gewerkschaften

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 25.03.1993  
HANS HIRTER

Als wichtigste Rezepte gegen die Arbeitslosigkeit pries der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) **kurzfristig staatliche Konjunkturspritzen** (wie zum Beispiel das vom Parlament beschlossene Impulsprogramm) und **langfristig eine ausgebauten Weiterbildung sowie radikale Arbeitszeitverkürzungen** an. Bemerkenswert war, dass bei letzteren die Gewerkschaftsspitze auch die Inkaufnahme eines Reallohnabbaus – zumindest für mittlere und obere Lohnkategorien – nicht ausschloss. In der Realität mussten die Gewerkschaften allerdings Verträge akzeptieren, welche in eine andere Richtung zeigten.<sup>40</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 06.01.1997  
HANS HIRTER

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) gab zu Jahresbeginn bekannt, dass er die generelle Verkürzung der Arbeitszeit zu seiner Hauptforderung machen werde. Er sah darin insbesondere auch ein Mittel, um die **Wirtschaftsrezession zu überwinden und die Zahl der Beschäftigten zu erhöhen**. Die Arbeitszeitreduktion solle sowohl im Zentrum der Verhandlungen über neue Gesamtarbeitsverträge stehen als auch mit einer Volksinitiative erkämpft werden. Einen Vorentwurf für diese geplante Initiative gab der SGB in die verbandsinterne Konsultation. Das Projekt sieht vor, die gesetzliche Höchstarbeitszeit schrittweise auf **37 Wochenstunden zu beschränken**. Der SMUV folgte der Empfehlung des SGB und erklärte zum Auftakt der Verhandlungen über den neuen Gesamtarbeitsvertrag in der Maschinenindustrie eine Arbeitszeitreduktion um 10% ohne Lohneinbusse zu seiner Hauptforderung. Als Gegenleistung offerierte er sein Einverständnis zu einer Flexibilisierung der Arbeitszeit, welche den Unternehmen innerhalb einer fixen Jahreshöchstarbeitszeit mehr Spielraum für unregelmässige Wochenarbeitszeiten lassen würde.<sup>41</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 08.11.1997  
HANS HIRTER

Der Präsident des Christlichnationalen Gewerkschaftsbunds (CNG), Hugo Fasel (csp, FR), kündigte ebenfalls politische Vorstösse für eine Arbeitszeitreduktion an. Die vom SGB geplante Volksinitiative beurteilte er allerdings als zu starr; er forderte stattdessen, eine **Arbeitszeitreduktion mit der Realisierung von neuen Arbeitszeitmodellen** zu verknüpfen. Die Delegiertenversammlung der CNG unterstützte den Vorstand in seiner Absicht, sich nicht an der SGB-Initiative zu beteiligen, sondern einen eigenen Initiativtext auszuarbeiten.<sup>42</sup>

Einen, allerdings auf niedriger Flamme gehaltenen Konflikt erlebte der SGB bei der Beurteilung der Zweitaufgabe des von ihm 1996 erfolgreich bekämpften Arbeitsgesetzes. Das von der Gewerkschaft Druck und Papier (GDP) zusammen mit Westschweizer Gewerkschaftern (unter anderem der Waadtländer Gewerkschaftsbund) lancierte Referendum unterstützte er nicht, da in den parlamentarischen Verhandlungen mit der Erfüllung der beiden Hauptforderungen (Zeitzuschläge und Sonntagsarbeitsverbot) das Maximum herausgeholt worden sei. Zuhanden der Volksabstimmung gab er – wie auch die SP und der CNG – die **Ja-Parole** aus, während die GDP zusammen mit der PdA für eine Ablehnung warb.

Der SGB lancierte zusammen mit der SP zwar einige Volksinitiativen, marschierte aber bei der Parolenfassung für Volksabstimmung nicht immer im Gleichschritt mit den Sozialdemokraten. Bei der von der SP unterstützten **Genschutz-Initiative** hatte der grösste Teilverband, die GBI, welche auch die Interessen der Chemieangestellten vertritt, die **Nein-Parole** beschlossen. Im SGB war zwar in einer Eventualabstimmung eine Mehrheit der Delegierten für eine Unterstützung der Initiative, schliesslich setzte sich aber die Stimmfreigabe durch. Zu der von der SP mitgetragenen S.o.S.-Initiative für eine Abschaffung der präventiven Polizei gab der SGB keine Abstimmungsparole heraus, und zu der von der SP unterstützten «Droleg»-Initiative gab er die Stimme frei. Einig mit der SP war man sich hingegen bei der Unterstützung der beiden Referenden gegen das revidierte Asylgesetz und die dazu gehörenden dringlichen Massnahmen.<sup>45</sup>

- 
- 1) LT, 6.10. und 24.12.05; Bund und SGT, 26.10.05; Presse vom 9.12. und 28.12.05; SN, 16.12.05; AZ, 22.12.05
  - 2) BaZ, 25.10.14
  - 3) Presse vom 23.1.95; Bund, 20.1.95
  - 4) Presse vom 23.1.95; Bund, 10.3.95; SVP, Schwerpunktprogramm '95, Bern 1995.
  - 5) Positionspapiere der FDP Wirtschaftspolitik, Wege aus der Arbeitslosigkeit und Finanz- und Steuerpolitik der FDP, Bern 1995; Presse vom 24.4. und 26.7.95
  - 6) Presse vom 4.9.95; SPS (1995). Die Schweiz muss wieder sozialer werden. Wahlhandbuch 95
  - 7) Presse vom 9.11.96
  - 8) TA, 18.11.96
  - 9) TA, 18.12.97
  - 10) Presse vom 31.5.99; Bund, 2.6.99
  - 11) Presse vom 27.7.00.
  - 12) Presse vom 10.12.01.
  - 13) Presse vom 14.1.02.
  - 14) SGT, 18.1.02; Presse vom 21.1.02.
  - 15) SoZ, 29.6.03; Presse vom 30.6.03.
  - 16) Presse vom 5.4.04.
  - 17) TA, 20.1. und 23.1.07; AZ, NZZ und TG, 22.1.07.
  - 18) Armeepolitik; BaZ und Bund, 7.8.07. Easy Swiss Tax; BaZ, Bund und NZZ, 17.8.07.
  - 19) NZZ, 15.9.08.
  - 20) Presse vom 6.10.03.
  - 21) Sonntagspresse vom 3.2.13; NZZ, 23.2., 6.5., 19.8., 24.8. und 26.8.13; NZZS, 13.10.13 (Unsinn); NZZ, 14.10.13; www.fdp.ch
  - 22) WoZ, 16.6.95
  - 23) GPS (1995) 12 Reformen für die Schweiz; SGT und NZZ, 7.7.95; Presse vom 11.9.95
  - 24) BZ, 15.4.96
  - 25) NZZ, 30.6.03.
  - 26) Presse vom 5.4.04.
  - 27) Presse vom 31.10.05.
  - 28) LPS (1995). Die liberalen Grundsätze für die Legislaturperiode 1995-1999; Presse vom 28.8.95
  - 29) BaZ, CdT und LT, 5.2.01 (BS: BaZ, 15.2.01; VS: NF, 15.2.01); Presse vom 27.8.01; LT, 12.7.01.
  - 30) NZZ, 30.4.07.
  - 31) NZZ, 28.8.95
  - 32) NZZ, 28.10.96
  - 33) NZZ, 4.11.96
  - 34) BaZ, 28.1.02; NZZ, 28.1. und 29.1.02.
  - 35) NZZ, 12.1., 5.4. und 23.8.04.
  - 36) NZZ, 1.11.10
  - 37) AT, 24.5.91; TA, 8.4.91; Ww, 11.4. und 23.5.91; SHIV Info (1991). April/Mai
  - 38) BaZ, 26.6.96; NZZ, 5.7.96; TA, 2.12.96
  - 39) NZZ, 19.2.92; BaZ, 22.2.92
  - 40) Diskussion (1993) Heft 21, S. 20 f.; Presse vom 24.3.93; Ww, 25.3.93
  - 41) Presse vom 9.1.97; Bund und Express, 14.11.97
  - 42) Lib., 3.11.97; NZZ, 8.11.97
  - 43) WoZ, 19.3.98; SGT, 27.3.98; TA, 8.4. und 28.4.98; NZZ, 7.11.98; BaZ, 3.4.98; NZZ und TA, 28.4.98; NZZ, 14.8.98